

REGIERUNG

„Ein qualvolles Jahr“

Der Machtverfall Helmut Kohls gefährdet die Zukunft der Bonner Koalition, doch die Kronprinzen der Union trauen sich nicht aus der Deckung. Um so schärfer attackieren die Oppositionsführer Lafontaine und Fischer den maroden Kanzler.



Kohl, Kohl-Kritiker Fischer, Lafontaine vorige Woche im Bundestag: „Sie beschäftigen sich nur mit dem Machterhalt“

Das müsste jetzt die Stunde sein für den politischen Erben Helmut Kohls – für einen Befreiungsschlag, einen Wechsel an der Spitze, um die Regierung aus dem lähmenden Stillstand zu reißen und den Aufbruch zu proklamieren. Ein Wagnis, gewiß. Aber vielleicht die letzte Chance der Koalition, um den in zwölf Monaten bei der Bundestagswahl drohenden Machtwechsel abzuwenden.

Doch die Union hat keinen Granden, der nicht im Verdacht stände, für sich selbst

etwas zu wollen, einen Kärner von der Statur und Härte Herbert Wehners etwa. Der SPD-Fraktionschef hatte 1974 den Wechsel vom verschlissenen Kanzler Willy Brandt zu Helmut Schmidt betrieben – und die Sozialdemokraten konnten acht Jahre weiterregieren.

Die beiden Präkandidaten im Unionslager, die sich jetzt bereithalten, riskieren noch keinen Vorstoß gegen den Rekordkanzler. Gleichwohl wird in Bonn schon das Gerücht gehandelt, CDU-Führer aus den

Ländern überlegten, nach einer schweren Niederlage bei der Hamburg-Wahl anzugreifen. Bisher hat nur Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf zu Protokoll gegeben, er sehe in Kohls erneutem Antreten ein Risiko für die Union. Indes: Biedenkopf ist Kohls erklärter Intimfeind, und er verfügt über nur schwache Parteitruppen.

Die Hoffnungen vor allem der Jungen in der Union richten sich also auf die beiden Kronprinzen der Partei – Volker Rühe und Wolfgang Schäuble. Sie müssten dem Alten

sagen: Helmut, es geht nicht mehr. Du mußt weichen.

Daß beide sich das Amt zutrauen, steht außer Zweifel. Fraktionschef Schäuble hatte bereits Anfang des Jahres von der „Versuchung“ gesprochen, Kohls Posten zu übernehmen. Laut Theo Waigel ist Schäuble „einem Kanzlerwechsel in der laufenden Legislaturperiode zugeneigt gewesen“. Jedenfalls war Schäuble, auch wenn er dies nachträglich immer dementierte, bereit zur Amtsübernahme.

Inzwischen ist für den Mann im Rollstuhl der Reiz einer Kanzlerschaft vor dem Wahlgang 1998 geringer geworden. In den verbleibenden zwölf Monaten hätte er wenig Chancen, eigene Akzente zu setzen, und vor allem kaum Gelegenheit, den stets behaupteten Reformwillen zu beweisen.

Würde Kohl nochmals Kanzler, könnte Schäuble immerhin darauf hoffen, zur Mitte der nächsten Legislaturperiode Kohls Nachfolger zu werden, um dann aus sicherem Amt heraus zu agieren.

„Der Kanzler ist da und bleibt“, sagt derweil Verteidigungsminister Rühle. Das erinnert sehr an das goldene Wort, mit dem sich in der Union schon einmal ein Kanzlersturz ankündigte: „Ludwig Erhard ist und bleibt unser Bundeskanzler“, versicherte Fraktionschef Rainer Barzel im stürmischen Oktober des Jahres 1966. Gut drei Wochen später zerbrach das Bündnis mit der FDP in finanzpolitischem Gehader, und Kurt Georg Kiesinger holte die Sozialdemokraten in eine Große Koalition.

Rühle weiß, daß er trotz seines Popularitätsschubs nach dem eindrucksvollen Bundeswehreinsetzung an den Oder-Deichen beim Kampf ums Kanzleramt hinter Schäuble auf dem zweiten Platz rangiert. Rühle, so ein CDU-Abgeordneter, „ist kein Hoffnungsträger für jetzt, aber für die Zeit nach 1998“.

Kohl kennt all diese Rechnungen. Noch darf er sich einigermaßen sicher vor den Konkurrenten am eigenen Hof fühlen. Noch kann der Pfälzer auf die Parteibasis und die Mehrheit der Fraktionsmitglieder setzen, die sich nach nahezu 15 Jahren Kanzlerschaft und 24 Jahren Partei-Führerschaft eine Zeit ohne ihn kaum vorzustellen vermögen, die mit ihm politisch groß geworden sind, ihm Ämter und Pfründen verdanken. Und denen der kaltherzige Wolfgang Schäuble eher Angst einflößt als wärmende Zuversicht.

Genüßlich zitierte der SPD-Vorsitzende bei der Haushaltsdebatte am Mittwoch voriger Woche aus dem jüngsten SPIEGEL-Gespräch Richard von Weizsäcker (37/1997). Der ehemalige Bundespräsident hatte Kohls Regierungsstil auf subtile Art aufgespielt: „Die Konzentration der Kräfte zur

Machterhaltung übersteigt bei weitem die offene konzeptionelle Pionierarbeit“ (siehe Kasten Seite 24).

„Absolut treffend“, kommentierte Lafontaine, dem Kanzler zugewandt, „Sie beschäftigen sich immer nur mit dem Machterhalt, Ihnen geht Macht vor Lösung von Problemen.“

Und Grünen-Vormann Joschka Fischer rechnete in beißender Schärfe mit dem „regierungsinternen Affentheater“ der Sommerpause um Kabinettsumbildung und Theo Waigels Amtsmüdigkeit ab. „Sie haben es geschafft“, gratulierte Fischer dem gequält lächelnden CSU-Chef, „Sie sind jetzt ein designierter Ex-Finanzminister.“ Wie arg gezauste Schulbuben duckten sich die Koalitionsabgeordneten bei diesen Attacken in ihren Stühlen.

Zwar versuchte der Kanzler gegenzuhalten mit aufgesetzter Siegeszuversicht („Wir sind guter Dinge“) und der Androhung permanenter Wahlschlacht gegen die „rot-grü-



Kohl-Vertrauter Schäuble: Zuflucht beim Prinzip Hoffnung

nen Pseudoreformer“. Doch mit welchen Erfolgen will der angezählte Patriarch in diese Schlacht ziehen? Mit den Rekorden an Schulden, Staatsabgaben, Arbeitslosen und Firmenpleiten wohl kaum. Und mit dem Durchpauken des Euro, vor dem sich so viele Deutsche fürchten, ebensowenig.

Die pompös angekündigten Steuer- und Rentenreformen sind festgefahren an Lafontaines Blockadepolitik. Und als trügerisch erwies sich die Erwartung, das stete Anprangern oppositioneller Obstruktion werde die Stimmung in der Republik zu Gunsten der Koalition wenden. Der wird vielmehr mangelnde Gestaltungskraft angelastet. Die Umfragewerte der Regierung sind miserabel, trotz oder gerade wegen des Stellungskriegs mit den Sozialdemokraten: Wäre am kommenden Sonntag Bundestagswahl, könnte Rot-Grün die absolute Mehrheit erringen. Die CDU/CSU ist laut ZDF-Politbarometer auf 32 Prozent weggesackt, die Liberalen zittern vor der Fünf-Prozent-Guillotine.

In ihrer Not nehmen Kohl, Schäuble und Co. Zuflucht beim Prinzip Hoffnung und der Erinnerung an 1993. Auch damals, zwölf Monate vor dem nationalen Urnengang, lag die schwarz-gelbe Allianz weit abgeschlagen hinter SPD und Bündnisgrünen, wurden vorschnell Abgesänge angestimmt auf „das Ende einer Ära“ (SPIEGEL-Titel 49/1993). Doch die Koalition rappelte sich auf, und bei der Wahl im Oktober 1994 konnte Helmut Kohl seinen vierten sozialdemokratischen Herausforderer, Rudolf Scharping, auspunkten.

Wunder gibt es immer wieder. Wie damals soll auch diesmal ein wirtschaftlicher Aufschwung die Wende für die Christliberalen bringen. Im Frühjahr, so das Kalkül, kommt die Konjunktur in Fahrt. Schon gibt es Wachstumserwartungen von drei Prozent, deutlich mehr als in diesem Jahr. Doch damit fallen nicht zwangsläufig auch die überwiegend strukturell bedingten Arbeitslosenzahlen, die, so die düstere Prognose des Deutschen Gewerkschaftsbundes, im Winter auf fast fünf Millionen hochschnellen könnten.

Das sind Rechnungen mit vielen Unbekannten. Auch mit der, ob die Konstante Kohl, der im nächsten Jahr 68 wird, beim Wähler nochmals zieht. Als Symbol für den Aufbruch in das 21. Jahrhundert, in das globalisierte Technologie- und Kommunikationszeitalter, dürfte der Oldie aus der Pfalz schwer herhalten können.

Langatmig referierte Kohl in seiner Parlamentsrede über die Erfolge seiner Regentschaft. Von Visionen keine Spur. Da deutete sich eine Wahlstrategie an nach dem Adenauer-Motto „keine Experimente“. Womöglich trifft er damit die Grundstimmung einer Bevölkerung, die durch die ökonomischen Umbrüche verunsichert ist. Oder überwiegt bei den Wählern mehr die Einsicht, daß Veränderungen unausweichlich sind? Mit dem Slogan „Veränderung durch Vertrauen“ will Kohl auf einem Mittelweg lavieren.

Zum Glück für die Christliberalen präferierte Rot-Grün bislang keinen zündenden Gegenentwurf. Den zurückgeschraubten Konsensofferten der Koalition zu Steuer- und Rentenreform, neu drapiert von Schäuble, begegnet Lafontaine mit Hinhaltetaktik: „Wir machen nur das, was wir für richtig halten.“

Lafontaine ist erfahren genug, sich von den guten Umfragewerten für die Opposition nicht blenden zu lassen. „Ich muß die gesamte Laufstrecke planen“, entgegnet er Kritikern, die an der Unschärfe seines programmatischen Profils Anstoß nehmen: „Das Timing ist wichtig.“

Gegen den Kanzler der Vergangenheit wollen die Sozialdemokraten die zentrale

„Er gehört nicht mehr zu uns“

Freunde sind die Christdemokraten Richard von Weizsäcker und Helmut Kohl nie gewesen. Doch mit der schonungslosen Kritik des Alt-Bundespräsidenten an der Machtversessenheit des Kanzlers ist der Bruch besiegelt.

Ein Moment lang sieht es am Mittwoch voriger Woche so aus, als habe der Kanzler, während im Bonner Bundestag über den Haushalt debattiert wird, unvermittelt die Lust an der Auseinandersetzung verloren. Der auf der Regierungsbank kauern Helmut Kohl verschanzt sich in der Pose des demonstrativ Gleichgültigen hinter einem Stoß von Akten, in dem er sich scheinbar hochkonzentriert versenkt. Nur der deutlich erhöhte Lid-

vom letzten Montag. Der happige Angriff auf den Bonner Staat nach Kohlscher Prägung stammt aus dem Munde des vormaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, 77.

Obschon das Staatsoberhaupt (1984 bis 1994) den Kanzler nicht namentlich erwähnt, steht der Adressat unbezweifelbar fest – und der verhält sich entsprechend. Schon am Abend des Erscheinungstages redet sich Kohl vor der Fraktion von CDU und CSU, wie Teilnehmer

desrepublik einmaliger Vorgang. Der Freiherr von Weizsäcker, ruft Kohl dem nun zügig abservierten Kritiker hinterher, habe seine Karriere allein der CDU (also ihm, soll das wohl heißen) zu verdanken. Und jetzt dieser Abgang.

Daß der Kanzler, als er noch Mainzer Provinzfürst war, dem Mitte der sechziger Jahre bei der Ingelheimer Pharma-Firma C. H. Boehringer arbeitenden Adeligen zum bequemen Seiteneinstieg in die große Politik verhalf, läßt sich sicher nicht bestreiten – aber was sagt das schon? Der seinerzeit als „Schwarzer Riese“ apostrophierte Kohl suchte potente Bündnispartner, die er gegen den übermächtig erscheinenden Rivalen Franz-Josef Strauß in Stellung bringen konnte, ein Geschäft auf Gegenseitigkeit.

Er selber, klagt der Vorsitzende am Montag abend der Unionsfraktion, habe Weizsäcker 1979 zum Berliner Spitzenmann für die Wahl des Regierenden Bürgermeisters durchgesetzt – desgleichen kein Akt der schieren Uneigennützigkeit. Es gab Gründe für ihn, den damals schon profilierten Parteifreund (der fünf Jahre zuvor als „Zählkandidat“ um das Amt des Bundespräsidenten gegen Walter Scheel unterlegen war) aus der Bonner Machtzentrale fortzuloben.

Denn im Verhältnis zwischen dem robusten Oppositionsführer Helmut Kohl und seinem feingeistigen Kombattanten nistete längst eine fest verwurzelte wechselseitige Antipathie, die dem Führungszirkel nicht verborgen blieb. Als Weizsäcker 1984 erstmals eine wirkliche Chance hatte, zum Staatsoberhaupt aufzusteigen, zögerte der Kanzler buchstäblich bis zum letzten Augenblick.

„Allmählich drohte das Zaudern in Demontage auszuarten“, erinnert sich der Freiherr in seiner soeben erschienenen Biographie „Vier Zeiten“ – ein Kohlscher Versuch, der zwar nicht zum Erfolg führte, den er dem vormaligen Protektor aber nie verzeihen mochte. Ironie der Geschichte: Ausgerechnet Franz-Josef Strauß sei es gewesen, der ihm mit einer überraschend einberufenen Pressekonferenz („Diesem Spiel muß ein Ende gemacht werden“) das Tor zur Villa Hamerschmidt aufstieß.



Geist und Macht

SÜDEUTSCHE ZEITUNG

schlag verrät, wie es wirklich um ihn bestellt ist.

Am Rednerpult steht da der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, der genüßlich einen „prominenten Christdemokraten“ zitiert: In der Republik herrsche „nun schon sehr lange ein politisches System ... das die von der Demokratie angebotenen Mittel zur Erringung und Bewahrung der Macht auf eine bisher nie gekannte Höhe der Perfektion getrieben“ habe – und mehr: Diese „Konzentration der Kräfte“ übersteige „bei weitem die offene konzeptionelle Pionierarbeit, von geistiger Führung zu schweigen“.

Der saarländische Ministerpräsident bedient sich aus einem SPIEGEL-Gespräch

sickern lassen, regelrecht in Rage. „Dieser Herr“, erklärt danach der Parteichef seinen erstaunten Parlamentariern, gehöre „nicht mehr zu uns“.

Der Altbundespräsident, seit 1954 Christdemokrat, habe seine während der Amtszeit ruhende Mitgliedschaft nie wieder aufgenommen – nach des Kanzlers Urteil ein entscheidendes Indiz für dessen unüberbrückbare Distanz zur Union. Folgt man dem CDU-Sprecher Rolf Kiefer, zählt der Dissident inzwischen auch formal nicht mehr zur Partei.

Zumindest scheint so der Bruch zwischen dem Regierungschef und dem einstigen ersten Mann im Staate endgültig besiegelt: ein in der Geschichte der Bun-

Richard von Weizsäcker am Ziel seiner Wünsche; freilich bei manchen, die ihn näher kennen, stellt sich auch da noch der Eindruck ein, daß er sich zumindest im Vergleich zu Kohl eigentlich für den besseren Regierungschef hält. So wächst ein bis dato ungewohnt politischer Präsident heran, der das Bonner Bündnis nicht gerade als erhebend empfindet. Noch heute beharrt er darauf, die Koalition habe „auf Anhieb keine glückliche Hand mit der von ihr angekündigten geistig-moralischen Wende“ gehabt.

Wer sollte ihm da verdenken, daß er dieses Manko selbst zu kompensieren trachtet. Unvergessen bleibt so seine Rede, mit der er zum 40. Jahrestag des Kriegsendes im Bonner Bundestag dem nachdenklicheren Teil seiner Mitbürger höchsten Respekt abforderte. Hatte der Kanzler nicht kurz zuvor auf dem Bitburger Soldatenfriedhof eine ziemlich unsägliche Show abgezogen?

Doch der seines intellektuellen Formats stets gewisse Präsident kann auch zuschlagen. Im Juni 1992 ergrimmte er die „Politikerschicht“, sie erliege einer „Machtversessenheit in bezug auf Wahlkampfverfolge“. Zwar richtet sich die Philippika an alle Kollegen, aber *einer*, der ja schließlich die Regierungsverantwortung trägt, fühlte sich natürlich besonders getroffen.

Freilich, Kohl, der in sogenannten Hintergrundgesprächen seinerseits über den Intimfeind herzieht, traute sich öffentlich erst nach dessen Amtsende. Als Weizsäcker dringend empfahl, die PDS ernst zu nehmen, reichte es dem der Kanzler: Er habe „in diesem wie in anderen Fällen“ nicht die Absicht, den Ratschlägen Folge zu leisten.

Da, im Herbst '95, ist das Tischtuch bereits erkennbar durchschnitten – der Rest ließe sich als quälender Klärungsprozeß beschreiben. Spätestens als der Ex-Präsident am vorigen Donnerstag in der Hamburger WOCHE erläutert, die von Kohl eingeforderte Dankbarkeit sei „unter Menschen ... eine edle und wichtige Tugend“, dürfe aber keine „Abhängigkeitsverhältnisse“ schaffen, kommt es in Bonn zum Eklat.

Oder wie soll man es sonst bezeichnen, wenn einerseits aus dem Parteihauptquartier gemeldet wird, das CDU-Mitglied Richard von Weizsäcker gebe es „in der Kartei nicht mehr“, das ehemalige Staatsoberhaupt indessen nach eigenem Bekunden selber „keine Ahnung von einer Streichung“ hat?

Nur, was immer da passiert sein mag „näher zu qualifizieren“, ist sich Weizsäcker denn doch zu fein.



K. MEHNER

Kohl-Nachfolgekandidat Rühle*

„Der Kanzler ist da und bleibt“

Wahlbotschaft „Innovation“ setzen. Stimmen fangen sollen „Gewinnerthemen“ wie soziale Gerechtigkeit, Umwelt, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Doch stünde für Lafontaines Positionsvorgaben glaubwürdig auch ein Gerhard Schröder ein, sollte dem Niedersachsen die Kandidatur gegen Kohl denn wirklich zufallen?

Der Herbst wird zeigen, ob die morose Koalition sich noch einmal findet oder ob das wechselseitige Angiften zu Renten, Steuern und Soli-Zuschlag das Bündnis vollends zerrüttet, wenn nicht zerreißt. Schafft die FDP die Hamburger Hürde nicht – bei den nachfolgenden Wahlen in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern rechnen sich liberale Parteiführer ohnehin kaum Chancen aus –, wird das neu aufklingende Totengeläut für die FDP weitere Irritationen auslösen.

Ein „qualvolles Jahr der Stagnation“ erwartet Joschka Fischer. Helmut Kohl, die Macht- und Kampfmaschine, hat viel von seiner früheren Selbstsicherheit verloren. Zwar versprach er den Abgeordneten der Unionsfraktion letzte Woche: „Ich bin bei allem Ärger und Überdruß motivierter denn je.“ Aber in der Debatte war er unkonzentriert und wenig kämpferisch. Dennoch riet CSU-Landesgruppenchef Michael Glos allen Gegnern, eine Lebensweisheit nicht zu vergessen: „Man soll den Sarg erst kaufen, wenn der Großvater gestorben ist.“ ♦

* Mit Generalmajor Hans-Peter von Kirchbach am 6. August in Hohenwutzen an der Oder.